

EU Neulinge auf dem Sprung ins e- Zeitalter

[11.5.2004] Die neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind in Sachen e-Government gut gerüstet, sagt eine Studie. Trotzdem bleibt für sie bei der Verwaltungsmodernisierung noch einiges zu tun.

Die zehn neuen Mitgliedsstaaten der EU werden in den nächsten Jahren 3,7 Milliarden Euro für Public Sector-IT ausgeben. Das ist ein Ergebnis einer Studie des britischen e-Government-Magazins KableNet. Die Untersuchung mit dem Titel "Accession Countries: Opportunities to 2007" untersucht die IT-Ausgaben in allen Bereichen der öffentlichen Hand der zehn Staaten. Mit 40 Prozent hält Polen den größten Marktanteil, Tschechien und Ungarn kommen auf jeweils 20 Prozent. Als die drei großen Herausforderungen für die Neuen nennt die Studie: die Festigung des bereits begonnenen Umbaus der Verwaltungsstrukturen, weitere Investitionen in Schlüssel-Bereiche wie das Rechtssystem, das Gesundheitswesen und die Steuererhebung, sowie die Sicherstellung einer internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Darüber hinaus hat die Untersuchung herausgefunden, dass durchschnittlich 17 Prozent der Bevölkerung der neuen Mitgliedsstaaten e-Services nutzen, um Formulare herunterzuladen, 9 Prozent um Formulare einzureichen. Bei Unternehmen sind die Zahlen etwas höher. 14 Prozent erklären ihre Mehrwertsteuer online, 19 Prozent die Körperschaftssteuer und 16 Prozent die Sozialversicherungsbeiträge ihrer Mitarbeiter. Estland, Malta, die Slowakei und Polen sind die Spitzenreiter bei der Nutzung von e-Services durch Unternehmen.

<http://www.kablenet.com>

Stichwörter: Europäische Union, EU, Erweiterung, Beitrittsländer, Osteuropa, Studie

Quelle: www.kommune21.de